

USA

# Sechs Minuten in Florida

Nach dem Tod eines schwarzen Jugendlichen flammt in Amerika erneut der Rassenkonflikt auf. Nun muss ein Gericht entscheiden, ob der Täter überhaupt angeklagt wird.

Am 26. Februar um 19.11 Uhr kreuzten sich in der umzäunten Siedlung Twin Lakes an der Oregon Avenue von Sanford, Florida, verhängnisvoll die Wege zweier ungleicher Menschen. Trayvon Martin, 17 Jahre alt, laut Polizeibericht 1,82 Meter groß, kam zurück vom Einkauf in einem 7-Eleven-Laden mit einer Dose Arizona Eistee und einer Tüte Skittles-Kaudragees; George Zimmerman, 28, laut Polizei 1,75 Meter

groß, aber bewaffnet mit einer 9-mm-Pistole Marke Kel-Tec, ging auf eigene Faust Streife in seiner Nachbarschaft. Sechs Minuten später war Trayvon Martin tot. Und einen Monat später wütet in den USA eine neue Debatte über die alte Wunde des Rassenkonflikts.

Martin war schwarz, ein junger Afroamerikaner aus Miami, der in Sanford, einer schön am Lake Monroe gelegenen Vorstadt Orlandos, seinen geschiedenen Vater besuchte. Zimmerman war weiß, das heißt, der Polizeibericht nannte ihn so, ehe sich herausstellte, dass seine Mutter eine Latina war, worauf seine Verteidiger fortan großen Wert legten.

Denn Zimmerman, das ist unstrittig, erschoss Trayvon Martin an jenem Abend zwischen 19.16 Uhr und 19.17 Uhr. Auf freiem Fuß ist er dennoch, und erst am Dienstag nach Ostern wird sich eine Grand Jury, besetzt mit 18 Geschworenen, der Frage widmen, ob gegen ihn Anklage zu erheben sei.

Die Frage, die das Land spaltet, lautet, ob Zimmerman die Tat kaltblütig verübte, aus rassistischen Motiven gar, oder ob er, ganz am Ende von Martin attackiert, aus Notwehr handelte und folglich, nach amerikanischem Verständnis, zu einer „gerechtfertigten Tötung“ schritt.

Die bislang bekannten Zeugenaussagen dazu sind widersprüchlich und unergiebig. Dasselbe gilt für den Ablauf der polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen, die in vielen politischen Fernseh-Talkshows als der eigentliche Skandal diskutiert werden. Immer neue, verstörende Einzelheiten kommen seit zwei Wo-

chen an die Öffentlichkeit. Es stellte sich heraus, dass die Ermittler wohl Martins Leichnam auf Alkohol- und Drogenspurten hin untersuchten, nicht aber den Schützen Zimmerman. Der diensthabende Mordkommissar der Nacht, Chris Serino, plädierte dafür, den kurzzeitig festgenommenen Zimmerman in Haft zu behalten und wegen Totschlags anzuklagen, während die Staatsanwaltschaft anordnete, ihn laufenzulassen.



**Schütze Zimmerman**  
Amerikanischer Jedermann

Aus Notrufen von Anwohnern – und einem bei der Polizei gespeicherten Telefonat mit dem späteren Todesschützen selbst – geht hervor, dass Zimmerman sein Opfer vor der Tat verfolgte und nicht etwa umgekehrt. Im Protokoll seines Anrufs bei der Notrufzentrale steht zu lesen, dass er Martin für einen „Typen“ hielt, „der nichts Gutes vorhat“. Später sagt er, ohne Zusammenhang, „diese Arschlöcher kommen doch immer davon“.

Und auf die Frage, ob er den Verdächtigen etwa verfolge, sagt er: „Yeah“.

Die Eltern des Opfers erfuhren von solchen Unterhaltungen erst, nachdem sie bei den Behörden vorstellig wurden. Zwei Wochen nach dem Tod ihres Sohnes, empört über ausbleibende Nachrichten von der Polizei, forderten sie Aufklärung über die näheren Umstände und gaben damit den Anstoß zur nationalen Debatte.

Viel Vertrauen in die Behörden hatten sie nicht: Den Vater des Opfers, Tracy Martin, der mit seiner neuen Verlobten am Abend des 26. Februar im Kino war, suchten die Polizisten von Sanford erst gar nicht, sondern ließen ihn ahnungslos zu Bett gehen. Als er sein Kind tags darauf als vermisst melden wollte, bekam er Besuch von Beamten, die ihm kurzerhand ein Foto seines toten Sohnes hinhielten und um Identifizierung baten.

Der Furor der Diskussionen, die erst aus Solidarität mit den Eltern begonnen haben, nun aber in giftigen Streit mit den Verteidigern Zimmermans münden, erklärt sich damit, dass wenigstens die Hälfte der Amerikaner über sich und den



Solidaritätsdemonstration für Trayvon Martin in

Zustand ihrer Gesellschaft erschrickt. Verhandelt wird die fortschreitende Brutalisierung eines Landes, in dem sich die Hälfte der Bundesstaaten inzwischen Gesetze gegeben hat, die einem Europäer verrückt vorkommen müssen.

Angefeuert und finanziell gesponsert von der Waffenlobby, war Florida der erste Staat in den USA, der sich im Jahr 2005 – unter seinem damaligen Gouverneur Jeb Bush, dem Bruder des Ex-Präsidenten George W. – ein neues Gesetz zu Fragen der Notwehr bastelte. Aus der geltenden Gesetzeslage, dass es im Gefahrenfall erste Pflicht des Bürgers sei, sich der Gefahr wenn möglich zu entziehen, wurde die markige Parole: „Stand your ground“, was ungefähr so viel heißt wie: „Behaupte dich“.

Im Gesetz von Florida – dem ähnliche in 25 weiteren US-Bundesstaaten folgten – wird einem Bürger, „der attackiert wird“, jetzt bescheinigt, er habe gerade „keine Pflicht, sich zurückzuziehen“. Er habe im Gegenteil „das Recht, sich zu behaupten, Gewalt mit Gewalt zu begegnen, einschließlich tödlicher Gewalt“, um sich vor Tod oder Versehrtheit zu schützen.



Sanford: „Wir können ein schwarzes Kind nicht durch eine Wohnsiedlung laufen lassen“

Derlei Bestimmungen haben, folgt man den Berichten der seriösen amerikanischen Zeitungen, Polizei und Justiz derart verwirrt, dass in der Zwischenzeit selbst Bandenkriminelle nach Schießereien erfolgreich auf Notwehr plädieren und auch andere Angeklagte als vermeintlich wehrhafte Opfer davonkommen, obwohl sie in Wahrheit zu Mördern wurden.

Die Fakten sprechen ein Urteil über die Wirkungen – und die Güte – der neuen Gesetze: In den Jahren vor der Gesetzesverabschiedung 2005 wurden in Florida im Durchschnitt 34 Fälle „gerechtfertigter Tötungen“ aus Notwehr gezählt. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der Stand-your-ground-Regel sprang ihre Zahl im Staat erstmals auf über 100. Die Bundespolizei FBI hat ermittelt, dass US-Staaten, die neue Notwehrgesetze erlassen haben, 53,5 Prozent mehr Tötungen aus Notwehr registrieren.

Trayvon Martins Fall hat die schwarze Minderheit im Land aufgewühlt wie kaum ein vergleichbares Vorkommnis in den vergangenen Jahren. Als der bekannte Bürgerrechtler Reverend Al Sharpton über seinen Haussender MSNBC Mitte

März zu Kundgebungen nach Sanford rief, kamen die Menschen zu Tausenden, und das Schauspiel wiederholt sich seit her fast täglich irgendwo in den USA.

Die Demonstranten tragen Kapuzenpullover wie das Opfer, und sie tragen Schilder, auf denen steht: „Ohne Gerechtigkeit kein Frieden“, „Ich bin Trayvon Martin!“, „Hundert Jahre Lynchjustiz“. Beim ersten Massenaufmarsch in Sanford, unter den sich nur vereinzelt Amerikaner anderer Hautfarbe mischten, sangen Frauen „We shall overcome“, und Händler verkauften T-Shirts mit Martins Porträt und solche mit der Parole „Arrest Zimmerman“.

In der Luft lag nicht das 21. Jahrhundert, sondern die kämpferische Stimmung der späten sechziger Jahre, samt den in die Luft gereckten Rosen in Fäusten und Schildern, auf denen an die Black Panthers erinnert wird. Die hier Versammelten fühlen sich weiterhin als zweitklassige Bürger behandelt, ein Gefühl, das die überwältigende Mehrheit der schwarzen Amerikaner teilt. Prediger Sharpton rief am vergangenen Sonntag aus, wie paradox sich die Gefühle in Amerika derzeit

verkreuzen: „Wir können einen schwarzen Mann im Weißen Haus haben, aber wir können ein schwarzes Kind nicht durch eine Wohnsiedlung laufen lassen.“

Wie weit sich die Debatte hochgeschaukelt hat, lässt sich auch daran messen, wie seit Wochen die sozialen Netzwerke glühen. Eine Online-Petition für die Festnahme Zimmermans wurde von weit über zwei Millionen Menschen gezeichnet. Im Twitter-Dienst rattern die Kurznachrichten in Sachen „#trayvon“ im Minutentakt unter Beteiligung von Justin Bieber und Regisseur Spike Lee, der vergangene Woche Zimmermans Adresse weitergetwittert hatte, tatsächlich aber eine völlig unbeteiligte Familie der geballten Wut eines digitalen Mobs aussetzte.

Auch der „Mann im Weißen Haus“ hat sich eingemischt, mit ruhigen Worten der Empathie. Am Ende einer Pressekonferenz sagte US-Präsident Barack Obama, er fühle mit den Eltern, und: Hätte er einen Sohn, „sähe er aus wie Trayvon“. Er empfahl den Amerikanern, den tragischen Fall zum Anlass zu nehmen, „ihre Seelen zu erforschen“.

Das muss auch für die Feinde Zimmermans gelten. Nach allem, was über ihn bekannt ist – er selbst hat sich öffentlich noch nicht geäußert –, ist er ein amerikanischer Jedermann, der an seine Version von Recht und Ordnung glaubt, gern Polizist geworden wäre, aber dann doch nur ein kleiner Versicherungsvertreter wurde. 46-mal hat er in den vergangenen Jahren den Notruf der Polizei wegen Kleinigkeiten angerufen, es scheint, er hätte einen guten Blockwart abgegeben.

Wie Zimmerman nicht nur grundböse war, so war auch Trayvon Martin nicht nur gut, sondern ein gewöhnlicher Teenager in Amerika. Es kursieren Geschichten, dass er wochenweise von der Schule verwiesen wurde, weil er Wände mit Graffiti besprühte oder Spuren von Marihuana im Rucksack hatte. Ein schlechter Schüler war er nicht, es heißt, er habe Pferde geliebt und das Reiten, es gibt schöne Kinderfotos von ihm als Sportler, am Abend seines Todes wollte er das All-Star-Game der Basketball-Profiliga ansehen, bei dem Kevin Durant 36 Punkte machte.

Wenn seine Angehörigen oder deren Anwälte nun solche Geschichten über den Jungen erzählen, landauf, landab, auf allen Kanälen und rund um die Uhr, fühlt sich das absurd an, so als hätte Trayvon Martin Verteidigung nötig. Aber selbst wenn er, in den letzten Sekunden seines Lebens, aus Wut vielleicht über die grundlose Verfolgung, doch noch auf seinen Verfolger George Zimmerman losgegangen sein sollte – er bleibt doch das Opfer. Er wurde, unbewaffnet, erschossen. Den Gesetzgebern in den USA, der amerikanischen Gesellschaft bleibt es überlassen, das für verhältnismäßig zu halten.

ULLRICH FICHTNER